

Antrag 178/I/2024

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: ASJ, FA III - Innen- und Rechtspolitik, Forum Netzpolitik (Konsens)

Unterstützung des offenen Briefes “Menschenrechte schützen – Biometrische Fernidentifizierung verbieten”

1 Wir schließen uns dem offenen Brief an die Bundesregie-
2 rung “Menschenrechte schützen – Biometrische Ferniden-
3 tifizierung verbieten” des Vereins D64 und verschiede-
4 ner zivilgesellschaftlicher digitalpolitischer Organisatio-
5 nen an und fordern die Bundesregierung auf, die natio-
6 nale Verschärfung des europäischen AI Act so zu nutzen,
7 dass jegliche Form der biometrischen Fernidentifizierung
8 in Deutschland verboten wird. Damit bekräftigen wir die
9 Umsetzung des im Koalitionsvertrag festgehaltenen Ver-
10 bots der biometrischen Erkennung im öffentlichen Raum
11 sowie des Verbots eines Einsatzes von biometrischer Er-
12 fassung zu Überwachungszwecken.

13

14 Begründung

15 Am 13.03.24 wurde vom EU-Parlament der Vorschlag zur
16 EU-Verordnung über den Einsatz von künstlicher Intel-
17 ligenz (“KI-Verordnung” oder “AI Act”) angenommen. In
18 diesem ist explizit vorgesehen, dass im Rahmen nationa-
19 ler Gesetzgebungen die Vorschriften dieser Verordnung
20 verschärft werden können. In einem offenen Brief appel-
21 liert der digitalpolitische Verein D64 sowie weitere zivilge-
22 sellschaftliche Akteur*innen an die Bundesregierung, die-
23 se Verschärfungen zu nutzen, um die im Koalitionsver-
24 trag vorgesehenen Verpflichtungen einzuhalten. Der offe-
25 ne Brief ist im Wortlaut:

26 Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
27 heute, am 13. März 2024, beschließt das Europäische Par-
28 lament den Artificial Intelligence (AI) Act. Als erstes um-
29 fassendes Gesetz zur Regulierung Künstlicher Intelligenz
30 (KI) weltweit schafft der AI Act in der gesamten Europäi-
31 schen Union einheitliche Regeln für die Entwicklung und
32 den Einsatz von KI.

33 Die finale Fassung des AI Acts verbietet biometrische
34 Überwachung im öffentlichen Raum zwar grundsätzlich,
35 lässt jedoch eine Vielzahl an Ausnahmen zu. Diese weit-
36 reichenden Ausnahmen für Strafverfolgung und Sicher-
37 heitsbehörden laden europaweit zum Ausbau öffentli-
38 cher Überwachung ein. Eine solche Überwachungsinfra-
39 struktur führt dazu, dass Menschen unter dem ständi-
40 gen Gefühl der Kontrolle ihre Freiheitsrechte nicht mehr
41 ungehindert ausüben. Der Schutz von Menschenrechten
42 darf jedoch nicht unter Vorbehalt stehen. Insbesondere im
43 aktuellen politischen Klima müssen die demokratischen
44 Kräfte gemeinsam die Möglichkeit des institutionellen
45 Machtmissbrauchs minimieren. Deshalb gilt es nun, die
46 im AI Act explizit vorgesehene Möglichkeit der nationalen
47 Verschärfung europäischer Regeln sowohl für Echtzeit- als

48 auch für nachträgliche biometrische Fernidentifizierung
49 zu nutzen.
50 Wir fordern Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundes-
51 tages daher auf, jede Form der biometrischen Fernidenti-
52 fizierung in Deutschland zu verbieten!
53 Im Koalitionsvertrag verpflichten sich die Regierungspar-
54 teien gleich an zwei Stellen, biometrische Überwachung
55 in Deutschland zu verhindern. So heißt es, dass „[b]io-
56 metrische Erkennung im öffentlichen Raum“ europarecht-
57 lich auszuschließen sei, auch der „Einsatz von biometri-
58 scher Erfassung zu Überwachungszwecken“ wird explizit
59 abgelehnt. Nachdem das europarechtliche Verbot biome-
60 trischer Überwachung nun nicht vollständig umzusetzen
61 war, muss ein nationales Verbot das Mittel der Wahl sein.
62 Die Durchführung biometrischer Echtzeit-
63 Fernidentifikation im öffentlichen Raum öffnet die
64 Tür in dystopische Verhältnisse, in denen jeder Mensch
65 bei jeder Bewegung im öffentlichen Raum permanent
66 identifizierbar und überwachbar wird. Ähnliches gilt
67 auch für nachträgliche biometrische Fernidentifikation,
68 die ebenfalls die Bildung umfassender Personenprofile
69 ermöglicht. Anonymität im öffentlichen Raum ist eine
70 der Grundvoraussetzungen für freie Meinungsäußerung
71 und demokratischen Protest. Insbesondere Angehörige
72 marginalisierter Gruppen werden von der Ausübung
73 ihrer Meinungs- und Demonstrationsfreiheit abgehalten,
74 wenn sie Repressalien befürchten müssen. Auch der
75 Ampel-Koalitionsvertrag betont: „Das Recht auf Anony-
76 mität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet
77 ist zu gewährleisten.“
78 Wir fordern Sie deshalb auf, sich für den Schutz der Men-
79 schen in Deutschland und das Recht auf ein Leben frei von
80 Massenüberwachung und Kontrolle einzusetzen.
81 Mit freundlichen Grüßen